

# Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

## Bühnenhausbau am „Capitol“. — Errichtung eines Gemeindefriedhofes betr. — Unterhaltungsfragen. Verkehrs- und Polizei-Berordnungen. — Ortsgefehe.

Nach mehrtägiger Pause fand am Dienstag abend wieder eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten statt, die nachmittags 8.30 Uhr in der Aula der Oberrealschule durch Herrn Stadtv.-Vorsteher Wüthler eröffnet wurde. Das Kollegium war fast vollständig vertreten. Es fehlte nur Herr Stadtv. Hilting (Bürgerl.). Am Ratstische saßen Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider und Herr Stadtrat Dr. Schroeter Platz genommen. Der Zusauheraum war gut besetzt. Während der längeren Pause hatte sich bereitwillig der Beratungsstoff angesammelt, so daß die Tagesordnung 17 Punkte verzeichnete, darunter mehrere, die von besonderer Bedeutung waren und zum Teil einer eingehenden Aussprache bedurften. Es wurde aber angenehm empfunden, daß man diesmal auf allen Seiten des Hauses die zur Beratung stehenden Angelegenheiten vom rein sachlichen Standpunkte aus betrachtete und sich die Debatten nicht auf das Gebiet der großen Politik verließen. So wurden denn die Reden und Gegenreden nicht ins Unendliche ausgeführt und vor allem arteten — mit einer einzigen Ausnahme — die Meinungsäußerungen nicht in Gefühlsreden aus, wie solche besonders in den letzten Sitzungen von kommunistischer Seite zum Ausdruck gebracht worden sind und wodurch die berechtigte Entrüstung der Gegner herausgefordert wurde. Herr Vorsteher Wüthler sah sich vor Eintritt in die Tagesordnung veranlaßt, nochmals auf die erregten ungebührlichen Nebenwendungen des Herrn Abgeordneten Bleier und auf den gegen letzteren gefaßten Ausdruck „Vämml“, der in der letzten Sitzung von Herrn Stadtv. Schinkel gebraucht worden ist, einzugehen und dem Herrn nachdrücklich zurückzuweisen. Herr Wüthler erklärte, daß er diesen Vorwurf überhört habe. Erst in der folgenden nichtöffentlichen Sitzung sei diese Angelegenheit geklärt worden. — Herr Stadtv. Schinkel bemerkte, daß er zu diesem Zwischenruf durch das beleidigende Verhalten des Herrn Bleier herausgefordert worden sei. Das das Verhalten des Herrn Bleier in den Sitzungen der Stadtverordneten auch von anderer Seite festgehalten und verworfen werde, sei in der sozialdemokratischen „Reichers Volkszeitung“ in Sitzungsberichten und sonstigen Notizen festgehalten worden. Es sei dort von „unflätigen Schimpfereien“ und „kommunistischen Absichten“ die Rede. Damit sei erwiesen, daß er (Schinkel) nicht der einzige sei, der sich gegen das Benehmen des Herrn Stadtv. Bleier auflehne. — In seiner Erwiderung konnte es Herr Stadtv. Bleier nicht unterlassen, erneut unparlamentarische Ausdrücke zu gebrauchen, was ihm weitere Ordnungsstrafe einbrachte. — Herr Stadtv. Vorsteher Wüthler erklärte hierauf, daß er in Zukunft mit aller Strenge vorgehen werde gegen Fälle, die geahndet seien, das Benehmen des Kollegiums herabwürdigenden. Gegenstandsfall werde er dem betreffenden Sprecher das Wort entziehen.

Herr Stadtv. Bleier beantragte, die Punkte 8. und 9. der Tagesordnung gemeinsam zu behandeln und Punkt 10. hinter Punkt 10 zu bringen. Dem Antrage wurde zugestimmt.

Es wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt:  
Punkt 1 der Tagesordnung

Rechnung der Stadtparkasse auf das Jahr 1927 wurde, da das Rechnungswerk noch nicht vollständig vorliegt, zurückgezogen.

Rechnung der Stadtbank auf das Jahr 1927.

Herr Stadtv. Schinkel trug auszugswweise die Zahlen dieser Rechnung vor. Der Voranschlag, 8000 RM. für eine von der Stadtbank zu errichtende Steuern juristischstellen, ferner 10000 RM. als anteiligen Verwaltungsaufwand der Stadtbank und 12000 RM. der Stadtparkasse zuzuführen und den verbleibenden Reingewinn als Betriebsrücklage zu verwenden, wurde gutgeheißen.

Die Rechnung ist vom Revisor geprüft worden, es ist nichts zu beanstanden gewesen. Der Rat hat dieselbe richtiggeprüft, daßelbe geschieht auch seitens des Kollegiums einstimmig.

Erhöhung der Gebühren für die Heimbürgerinnen.

Unter Bezugnahme einer Eingabe des Bundes der Heimbürgerinnen hat, wie Frau Stadtv. Berger berichtete, der Verwaltungsausschuß beschlossen, die Gebühren für die Tätigkeit der Heimbürgerinnen entsprechend zu erhöhen, und zwar für:

Kindesleihen im Alter bis zu 4 Jahren von 6 Mark auf 7.50 Mark,  
für Leihen von Kindern im Alter von 4—14 Jahren von 9 Mark auf 11 Mark  
und für Leihen Erwachsener von 12 Mark auf 15 Mark.

Diesem Beschlusse ist der Rat beigetreten. Das Kollegium schließt ebenfalls einstimmig, der Erhöhung zuzustimmen.

Bericht über Revision der Stadtbank, der Sparkasse (Hauptstelle und Nebenstelle Orzba).

Es wurde mitgeteilt, daß nach dem Berichte der Revisoren eine unangenehme Revision der obigen Stellen vorläufige Unterbrechung mit den Unterlagen ergeben habe. — Von dem Ergebnisse nahm das Kollegium Kenntnis.

Wahl von 3 Stadtverordneten in den für den Gebammensbezirk Niefa zu bildenden Ausschüß.

Für obigen Ausschüß wurden auf Vorschlag der einzelnen Fraktionen Frau Stadtv. Weissberg (Soz.), die Herren Stadtv. Bleier (Komm.) und Schauer (Bürgerl.) gewählt.

Abschätzung über den Bühnenhausbau am Schauspielhaus „Capitol“, Deckung der Mehrkosten usw.

Diese Angelegenheit, mit der sich auch die Öffentlichkeit mehr oder weniger beschäftigt hat, bot reichlich Anlaß zu einer ergebnisreichen Aussprache. Mit der Berichterstattung war Herr Stadtv. Tuzza beauftragt worden, der auf Grund der vorliegenden Akten eingehend den Werdegang dieses baulichen Projektes und die getroffenen Maßnahmen schilderte. Er wies zunächst darauf hin, daß der Bühnenhausbau von der ausführenden Firma G. Moritz Fröhler seinerzeit im Voranschlag mit rund 45000 RM. errechnet worden sei, das städtische Bauamt habe den Bau sogar nur mit 35000 RM. veranschlagt. Nach nunmehriger Vorlegung der endgültigen Rechnung des Bauunternehmens habe sich herausgestellt, daß sich die eingeklagte Summe als viel zu niedrig erwiesen habe und daß die Baukosten sich auf 58222.48 RM. erhöht haben. Das städtische Bauamt habe nach Prüfung der Rechnung die Kosten etwas niedriger errechnet. Somit haben sich die Kosten gegenüber dem Voranschlag um das Doppelte erhöht. Nach dem mit den Heftigern des „Capitol“ abgeschlossenen Verträge habe sich die Stadt verpflichtet, die Baukosten darlehensweise zur Verfügung zu stellen. Die Besitzer des „Capitol“ hätten sich bereit erklärt, Zinsen und Tilgung entsprechend der getroffenen Abmachung aus für die erhöhten Baukosten zu

stellen. Die einseitige Finanzierung der Mehrkosten von 45000 RM. solle aus dem Erlöse des Verkaufes des Gaswerkes II im Stadtteil Orzba vorgenommen werden. Der Rat habe in seiner Sitzung vom 2. Oktober einstimmig beschlossen, daß unter den obwaltenden Verhältnissen die Nachbewilligung der entfallenden Mehrkosten notwendig ist, da die Stadt laut Vertrag das Darlehen geben müsse.

Im Anschlüsse an diese Ausführungen gab Herr Stadtv. Tuzza den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion bekannt. Er erklärte, daß die Fraktion erkaunt sei über die Höhe der geforderten Nachbewilligung; sie sei des weiteren erkaunt darüber, daß die Angelegenheit erst jetzt, nachdem die vollständige Tatsache vorliegt, erkaunt zur Sprache gebracht werden und daß weder den zuständigen Ausschüssen noch dem Stadtverordneten-Kollegium bisher die Möglichkeit geboten gewesen sei, hierzu Stellung zu nehmen. Die sei es möglich gewesen, daß ohne Zustimmung wenigstens des Ausschusses eine so hohe Summe auszugeben werden konnte. Mehrere Vorklärungen seien niemals übergeben worden, und es könne nicht abschätzen werden, daß man von den erheblichen Ueberschreitungen gewußt habe. Was den Klären sei allerdings nicht zu ersehen, wer den Vertrag zu den veränderten Verhältnissen annehmen habe. Es sei hier eine Uebereinstimmung vor sich gegangen, da man, ohne die unabhängigen Ausschüsse zu befragen, abhandelt habe. Der Rat sei durch ein Urtat unternehmen begehrt worden. Dieser Rat bemerke erneut, daß der anerkannte Rechtsanspruch den Rat in sich aufzunehmen. Trotz der höchst unvollständigen Tatsache der hohen Ueberschreitungen könne die sozialdemokratische Fraktion nicht umhin, vorzutragen der Vorlage ihre Zustimmung zu geben. Der abschließende Vertrag stehe nicht von allzuweiser Rücksichtnahme, da in ihm kein Marasch vorhanden sei, der die Verpflichtungen der Stadt auf ein bestimmtes Niveau. Und das müsse anerkannt werden. Die sozialdemokratische Fraktion könne das Darlehen, weil es sich hier um eine Kulturfrage handele.

Herr Stadtv. Vorsteher Wüthler erwiderte dem Vorredner, daß nicht zu ersehen sei, da der Vertrag, der seinerzeit dem Kollegium im Vorhinein vorgelesen habe, einstimmig, sowohl von rechts wie von links, gutgeheißen worden sei.

Herr Stadtv. Tuzza erklärte, die Rechte ohne die Vorlage abzugeben, könne es der Öffentlichkeit gegenüber nicht verantworten. Er sei so an der Ueberschreitung ausgenommen. Auch die Rechte vertritt die Meinung, daß dem Kollegium vorher hätte Mitteilung gemacht werden müssen, damit es Bescheid hätte nehmen können, die Vorlage abzugeben oder ihr zuzustimmen.

Die unangenehme Aussprache eröffnete Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider. Er wies in seinen Ausführungen auf die verschiedenen Ueberschreitungen hin, die der zur Verhandlung stehenden Angelegenheit zu Grunde liegen haben. Auch dem Rat sei es bekannt, daß dieser Bühnenhausbau unter so einseitigen Verhältnissen aufgebracht worden sei. Der Rat habe ihn beantragt, mitzutragen, daß auch dieser darin einen Fehler sehe, daß man nicht die zuständigen Stellen gehört habe. Auf die Kostenfrage des Bauamtes eingegangen, erklärte Herr Oberbürgermeister, daß bekanntlich der vorläufige Kostenanschlag auf 45000 RM. gelautet habe. Da ihm die Summe als zu hoch erschienen sei, habe er das städtische Bauamt beauftragt, von ihm einen Voranschlag aufzustellen, der nur mit 35000 Mark abgelehnt habe. Laut Vertrag mit den Inhabern des „Capitol“ sei die Stadt verpflichtet, die vorläufige Finanzierung des Bühnenhausbaues darlehensweise zu übernehmen. Das Stadtverordnetenkollegium habe seinerzeit der Fassung des abgeschlossenen Vertrages zugestimmt. Auch der Rat habe sich über die entfallende Höhe der Baukosten in Unklarheit befinden; man habe nicht an eine derartig hohe Ueberschreitung gedacht. Redner gab dann des näheren bekannt, welche Einrichtungen und baulichen Veränderungen die erhöhten Kosten veranlaßt haben. Man habe u. a. die unzulänglichen Garderoben um einen solchen Raum vermehrt, es sei ein Aufzug errichtet worden, der allen Anforderungen genügt. Die innere und auch die äußere Ausgestaltung des Bühnenhauses hätten großer Summen bedurft. Wenn nun die Frage aufgeworfen werde, wer hat die Arbeiten für das in der letzten Form errichtete Bühnenhaus in Auftrag gegeben, so müsse er ausdrücklich die Meinung zuräußern, daß er den Auftrag erteilt habe. Das Unternehmen sei lediglich Sache der Inhaber des „Capitol“ und der ausführenden Firma gewesen. Man habe ihm zwar vorgetragen, was und wie man zu ändern beabsichtige, aber niemals sei ihm etwas Bestimmtes und besonders nicht über die Kostenfrage gemeldet worden, sonst hätte er die Entschädigung der zuständigen Organe eingekollt. Jedenfalls habe in keiner Weise die Absicht vorgelegen, jemanden zu umgehen. Erst im März habe er von der Firma G. Moritz Fröhler über die Änderungen erfahren; am 8. Juni habe das Bauamt die Akten vorgelegt und erst am 2. Juli d. J. sei das Bauamt in der Lage gewesen, das endgültige Rechnungswerk vorzulegen. Ueber die Höhe der entfallenden Kosten sei auch er nicht weniger erschrocken, wie dies bei vielen anderen der Fall gewesen sei. Aber der Rat des Stadtverordnetenkollegium genehmigt den Vertrag verpflichtet die Stadt, die Finanzierung des Baues zu übernehmen. Ein etwa auszuführender Prozeß würde bestimmt zu ungunsten der Stadt ausfallen. Herr Oberbürgermeister verneinte nochmals, daß es dem Gesamträte und auch ihm fern gelegen habe, irgendeine unabhängige Stelle zu umgehen. Jedenfalls müsse man nach der nunmehrigen Fertigstellung des Baues empfinden, daß erreicht worden sei, hier einen Konzert- und Theaterraum zu haben, um den sich manche Stadt beneide.

Herr Stadtv. Tuzza gab namens der SPD-Fraktion die Erklärung ab, daß die Stadt auf Grund des Vertrages zwar verpflichtet sei, auch die Ueberschreitungen zu finanzieren. Die Fraktion lehne aber den Vorschlag des Rates ab, den Erlös aus dem Verkauf des Gaswerkes II als Deckung heranzuziehen, da dadurch die Gasconsumenten in Mitleidenschaft gezogen würden. Der Betriebsauschüß habe diese Vorlage ebenfalls abgelehnt. Wenn die für obigen Zweck eingeklagten Beträge nicht ausreichen, müßten sie erhöht werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider: Es ist richtig, daß der Rat diesen Vorschlag gemacht habe, niemals aber habe der Rat die Absicht gehabt, die Gasconsumenten zu belasten, das liegt auch nicht im Sinne der Ratsvorlage. Nach Verlesen des diesbezüglichen Beschlusses des Betriebsauschüßes erhielt Herr Stadtv. Tuzza das Wort, der vom sachmännlichen Standpunkt aus den aufgestellten Voranschlag kritisierte und dies durch Gegenüberstellung der veranschlagten Summen mit den wirklichen Beträgen befestigte, wie er auch einige als „Sonderwünsche“ gekennzeichnete Posten kritisch beleuchtete. Er erklärte, daß auch er und sein Parteifreund die Vorlage ablehnen.

Herr Stadtv. Bleier: Es ist für den in Frage stehenden Zweck sehr viel Geld ausgegeben worden, aber niemand

hat heute Auskunft geben können, wer die Arbeiten bestellt hat. Sprecher beantragte, die Entschädigung heute abzugeben und erst genau festzustellen, wer die Veränderungen des Baues in Auftrag gegeben habe. — Dieser Vertragungsantrag fand jedoch keine Unterstützung.

Herr Stadtv. Horn: Es steht fest, daß der ursprüngliche Vorschlag, das Bühnenhaus an das „Capitol“ anzubauen, vom Rate ausgingen ist. Die Inhaber des „Capitol“ haben sich zur Bedingung gemacht, daß die Stadt den Bau durch Darlehensgebung finanziere. Der Vertrag habe die Genehmigung beider städtischer Kollegien gefunden und sei somit rechtskräftig. Allerdings sei in diesem Vertrage keine Höchstgrenze angegeben. Der Rat habe insofern einen Fehler begangen, als er unterlassen habe, durch beamtete Sachverständige den Gang des Baues und die Kosten rechtzeitig prüfen zu lassen. Feststehe aber, daß in den obigen Aufträgen nur die Inhaber des „Capitol“ erteilt konnten. Redner vertritt ebenfalls den Standpunkt, daß der Verkauf zugestimmt werden müsse, da die Stadt einen etwaigen Prozeß verlieren würde.

Herr Stadtv. Wilkommandt wandte sich gegen die dargelegte Begründung des Herrn Oberbürgermeisters und des Rates. Er wandte sich im Besonderen dagegen, daß man von seiner Seite die Verantwortung für begangene Fehler übernehmen wolle. Letzten Endes sei doch erwiesen, daß die Besitzer des „Capitol“ an dem Bühnenhausbau kein Interesse gehabt hätten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider wies die Bemerkungen des Vorredners als ungerechtfertigt zurück. Er versicherte nochmals, daß er keine Aufträge gegeben habe. Er sei zwar gelegentlich als Berater herangezogen worden, daßelbe sei auch bei den Herren Intendant René und Studienrat Schönebaum der Fall gewesen. Unberechtigter Weise würden viele Dinge auf die ausgegangenen Berater geschoben.

Herr Stadtv. Bleier erklärte, daß er und sein Fraktionsgenosse mit Rücksicht darauf, daß ein etwa auszuführender Prozeß sehr viel Geld verschlingen würde, der Vorlage zustimmen.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Aussprache angenommen worden war, folgte die Abstimmung über die Vorlage. Sie wurde gegen 13 Stimmen beschloffen.

Der Vorschlag, den Erlös vom Verkauf der Gasanstalt II als Darlehen zu benutzen, wurde abgelehnt. Ueber die Regelung der Finanzierungsfrage soll der Finanzausschuß zunächst nochmals beraten.

Nachverwilligung der 1. Rate zur Errichtung eines Gemeindefriedhofes.

Im vergangenen Jahre wurde bekanntlich von der SPD-Fraktion der Antrag gestellt, 20000 RM. als 1. Rate zur Errichtung eines Gemeindefriedhofes in den diesjährigen Haushaltsplan einzufügen. Dieser Antrag wurde damals einstimmig angenommen. Bei Beratung des Haushaltsplans wurde auf Antrag der Rechten, die den Standpunkt vertritt, daß ein Bedürfnis nicht vorliegt, der Vorschlag gestrichen. Die SPD-Fraktion erklärt jetzt erneut, daß das Bedürfnis vorhanden sei und daß die Errichtung eines Gemeindefriedhofes so bald als möglich erfolgen müsse.

Namens der bürgerlichen Fraktion erklärte Herr Stadtv. Schinkel, daß es gegenwärtig ganz ausgeschlossen sei, Mittel für obigen Zweck in den Haushaltsplan einzufügen, da der Fehlbetrag bekanntlich ein sehr erheblicher sei. Die Steuererträge des 1. Halbjahres seien gegenüber dem Voranschlag um rund 20000 RM. zurückgeblieben, eine Summe, die auch im 2. Halbjahre nicht wettgemacht werden könne.

Auch Herr Stadtv. Fischer hat den Antrag zurückgewiesen. Es läge zur Errichtung kein dringendes Bedürfnis vor. Uebrigens seien die finanziellen Verhältnisse der Stadt derzeit ungünstig, daß sie eine derartige Ausgabe nicht vertragen. Es liege außerdem kein Anlaß zu Unfrieden vor.

Die Vorlage wurde schließlich gegen die Stimmen der bürgerlichen Fraktion und die Stimmen der beiden Vertreter der Partei für Volkrecht und Aufwertung angenommen.

Unterhaltungsfragen betr.

Hierzu hatten 1. die SPD-Fraktion eine Erhöhung der Mittel für Brennstoff- und Kartoffelverbilligung um 10000 RM. beantragt, 2. beantragt die SPD-Fraktion eine Nachbewilligung von 15000 RM. zu Abschnitt 30, 31 des Haushaltsplans (Kartoffel- und Kohlfabrikwesen — Kartoffel- und Brennstoffverbilligung, Weihnachtsspenden).

Den Antrag der SPD-Fraktion begründete Herr Stadtv. Horn. Er teilte mit, daß sowohl der Fürsorgeausschuß als auch der Finanzausschuß eine diesbezügliche Anregung beschloffen haben in der Voraussicht, daß bei der erwartenden Kottlage die eingeklagten Beträge nicht ausreichen würden, wolle man die Unterstützung in der bisher üblichen Weise durchführen. Es seien dafür 15000 RM. eingelegt. Man halte eine Erhöhung der Summe um 10000 RM. für nötig.

Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider bemerkte, daß er auf dem Standpunkt stehe, daß die beantragte Erhöhung voraussichtlich zunächst nicht benötigt werde. Aus den von ihm vorgetragenen Zahlen suchte er nachzuweisen, daß die Haushaltsplanmäßigkeit für obige Zwecke zur Verfügung stehenden Mittel ausreichen, um die Unterhaltungsfragen auch dieses Jahr in der bisher üblichen Weise durchzuführen. Herr Oberbürgermeister erinnerte an das wiederum eingeleitete Sammelwerk und richtete an die Einwohnerschaft die Bitte, das Werk recht reichlich zu unterstützen. Für Erhöhung der zur Verfügung stehenden Mittel liege eine unbedingte Notwendigkeit nicht vor, deshalb bitte er, dies im Interesse der städtischen Finanzen zu berücksichtigen, um so mehr, als die bisherigen Steuererträge um etwa 115000 RM. nicht wie Herr Stadtv. Schinkel vorgetragen habe, hinter dem Voranschlag zurückgeblieben seien. Es sei fraglich, ob durch die Eingänge im 2. Halbjahre ein Ausgleich geschaffen werden könne.

Herr Stadtv. Bleier konnte die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters nicht beifriedigen. Die Bühnenhausbauaufträge bot ihm willkommenen Gelegenheit, seinem Antrage seiner Meinung nach Geltung zu verschaffen.

Herr Stadtv. Schinkel wies auf die Behandlung der Unterhaltungsanträge der beiden linken Fraktionen hin, die sich bei derartigen Fragen gegenseitig übertrumpfen suchten. Die Rechte müßte beide Anträge ablehnen, und zwar aus den von Herrn Oberbürgermeister angeführten Gründen. Es sei festgestellt worden, daß die Unterhaltungsfragen mit den für diesen Zweck eingeklagten Mitteln vorgenommen werden können.

Herr Stadtv. Hilging (Komm.) bemerkte, daß die in Frage kommenden Kollektoren zu teuer seien, daß angetroffene Holz sei minderwertig. Auch der Preis der Kartoffeln, die übrigens qualitativ nicht einwandfrei seien, sei